

I. Hintergrund

1. Die 1960er-Jahre in der Bundesrepublik

Das Bild dieses „langen“ Jahrzehnts¹ der 1960er-Jahre ist das von „dynamischen Zeiten“ und einer „Scharnierzeit“, einer Dekade des Umbruchs und der Transformation, einer Phase des Übergangs beziehungsweise des Wechsels, der gesellschaftlichen Wandlungsprozesse, des „Aufbruchs in etwas Neues“, einer „Wendezeit der Bundesrepublik“, einem „Schlüsseljahrzehnt“.² Die Sechzigerjahre waren in der Bundesrepublik geprägt von großen gesellschaftlichen, kulturellen, wirtschaftlichen und politischen Umbrüchen.³ Sie gingen mit weltgeschichtlichen Veränderungen einher, die im Folgenden in aller gebotenen Kürze skizziert werden sollen, sofern sie für das Thema relevant sind.

Der Kalte Krieg erreichte mit dem Berliner Mauerbau (1961) und der Kuba-Krise (1962) seinen Höhepunkt. Danach orientierten sich die beiden Supermächte USA und UdSSR an den Prinzipien einer „rationalen Konfliktsteuerung“.⁴ In den 1960er-Jahren weitete sich der Vietnamkrieg aus.⁵ Für den europäischen Integrationsprozess war in diesem Jahrzehnt das erste wichtige Ereignis die Unterzeichnung des Elysée-Vertrages über die deutsch-französische Zusammenarbeit am 22. Januar 1963.⁶ Für Europa war es eine Zeit des Übergangs. Bis Ende des Jahrzehnts wurde die Zollunion verwirklicht und aus EWG, EGKS und EURATOM entstanden am 1. Juli 1967 die Europäischen Gemeinschaften (EG).⁷ Im Übrigen herrschte europapolitisch eine Stagnation, die hauptsächlich vom französischen Staatspräsidenten Charles de Gaulle verursacht war⁸ und erst nach seinem Amtsende (1969) überwunden wurde. Die Konferenz von Den Haag (1969) und der Durchbruch bei der EG-Erweiterung (Aufnahmeverhandlungen mit Großbritannien und drei weiteren Staaten) und bei der gemeinsamen Agrarpolitik brachten den erhofften Fortschritt.⁹

¹ Schildt, Nachkriegszeit, S. 577.

² Schildt/Siegfried/Lammers, Einleitung, in: dies. (Hrsg.), *Dynamische Zeiten*, S. 11–20, hier: Titel und die Erläuterung auf S. 13f.; Schönhoven, *Aufbruch in die sozialliberale Ära*, S. 123–145; auch: Erker, „Arbeit nach Westdeutschland“, S. 218; Korte, *Gesellschaft im Aufbruch*, S. 86f.; Rudolph, *Mehr als Stagnation und Revolte*, S. 142; Schiele, Vorwort, S. 1; Recker, *Geschichte der Bundesrepublik*, S. 57; Metzler, *Am Ende aller Krisen?*, S. 58 u. 100; FAZ vom 1. 3. 2000, S. 15; Reimer, *Die sechziger Jahre*, S. 5.

³ Vgl. dazu neuerdings: Schildt, *Sozialgeschichte der Bundesrepublik*, S. 30–53; sowie u.a.: Benz (Hrsg.), *Geschichte der Bundesrepublik*; Frese/Paulus, *Geschwindigkeiten und Faktoren des Wandels*, S. 1–23; Schildt, *Materieller Wohlstand – pragmatische Politik – kulturelle Umbrüche*, S. 21–53; Faulstich (Hrsg.), *Die Kultur der 60er Jahre*.

⁴ Schönhoven, *Aufbruch in die sozialliberale Ära*, S. 129.

⁵ Frey, *Geschichte des Vietnamkriegs*.

⁶ Schöllgen, *Die Außenpolitik der Bundesrepublik*, S. 71.

⁷ Regelsberger, *Europäische Union*, S. 83.

⁸ Weidenfeld, *Europäische Einigung*, S. 10.

⁹ Focke, *Europa-Politik nach Den Haag*, S. 267–280. Für die Europapolitik von Adenauer, Erhard und Kiesinger vgl. die entsprechenden Beiträge in: König/Schulz (Hrsg.), *Bundes-*

Die Bundesrepublik Deutschland trat nach dem Wiederaufbau in den 1940er- und 1950er-Jahren Mitte der 1960er in ihre „zweite formative Phase“ ein,¹⁰ und Bundeskanzler Ludwig Erhard verkündete in Regierungserklärungen das Ende der Nachkriegszeit.¹¹ Letztlich wurde die Nachkriegszeit dann während der Großen Koalition beendet.¹² Nachdem die Bundesrepublik während des Aufbaus nur Konrad Adenauer als Kanzler gekannt hatte, kam es nach ihm alle drei Jahre zu Kanzlerwechseln. Auf Adenauer folgte 1963 sein langjähriger Wirtschaftsminister Ludwig Erhard, ihn beerbte 1966 der baden-württembergische Ministerpräsident Kurt Georg Kiesinger, diesem folgte 1969 sein Außenminister und Stellvertreter Willy Brandt.

Bis in das zweite Jahrzehnt des Bestehens der Bundesrepublik haben die Unionsparteien CDU und CSU die Bundespolitik dominiert. Der Sozialdemokratie ist es erst durch eine Wende – für die das Godesberger Programm steht – gelungen, sich bei der Bundestagswahl aus dem „30-Prozent-Turm“¹³ zu befreien. Auf dem Godesberger Parteitag von 1959 hatte die SPD auf jede weltanschauliche oder geschichtstheoretische Festlegung verzichtet und auch offiziell den Wandel von einer Funktionärs- in eine Volkspartei vollzogen. Mit dem Programm hatte sie endgültig „ideologischen Ballast“ abgeworfen.¹⁴ Seit „Godesberg“ bewegten sich SPD und CDU/CSU inhaltlich und in den Wahlergebnissen aufeinander zu.¹⁵

Die Volksparteien absorbierten weitgehend die Kleinstparteien der Anfangsjahre. 1961 waren nur noch CDU/CSU, SPD und FDP im Bundestag vertreten. Danach kamen in den Sechzigerjahren erneut Strömungen auf, die nicht auf dem Boden der Verfassung standen. Der rechtsextremistischen NPD gelang es durch viele Protestwähler in der zweiten Hälfte des Jahrzehnts, in mehrere Landesparlamente einzuziehen. Bei der Bundestagswahl von 1969 scheiterte sie mit 4,3 Prozent nur knapp an der Fünf-Prozent-Hürde.¹⁶ Die Linke radikalisierte sich in der zweiten Hälfte der Sechzigerjahre in der Studentenbewegung.¹⁷ Weiter fällt in das Jahrzehnt die Spiegel-Affäre (1962), eine der ersten großen politischen Krisen des Staates.¹⁸

republik Deutschland und die europäische Einigung, S. 39–59, 105–127 u. 147–166. Zur Großen Koalition vgl. neuerdings ebenfalls: Türk, Europapolitik der Großen Koalition.

¹⁰ Löwenthal, Prolog, S. 11.

¹¹ StenB BT, 4. WP, 90. Sitzung am 18. 10. 1963, S. 4192C, u. StenB BT, 5. WP, 4. Sitzung am 10. 11. 1965, S. 17D.

¹² Doering-Manteuffel, Deutsche Zeitgeschichte, S. 1.

¹³ Schmidt, Machtwechsel in der Bundesrepublik, S. 179.

¹⁴ Schildt, Vor der Revolte, S. 10.

¹⁵ Zu den Wahlergebnissen vgl. Wahlen in der Bundesrepublik Deutschland, S. 74f.

¹⁶ Jesse, Die Parteien im westlichen Deutschland, S. 59–83, bes. S. 70; zum Extremismus allgemein vgl. Backes/Jesse, Politischer Extremismus; zum Rechtsextremismus besonders in den 1960er-Jahren: ebd., S. 83–95.

¹⁷ Siehe unten.

¹⁸ Anlass der Spiegel-Affäre war der Artikel „Bedingt abwehrbereit“ in: *Der Spiegel* vom 10. 10. 1962, S. 32–53, über das NATO-Stabsmanöver „Fallex 62“. Aufgrund des Verdachts des Geheimnisverrats wurde der Vorwurf des Landesverrats erhoben. Der Herausgeber des Magazins, Rudolf Augstein, und der Verfasser des Textes, Conrad Ahlers, wurden verhaftet. Aufgrund von Kompetenzüberschreitungen trat Bundesverteidigungsminister Franz Josef Strauß zurück. Zur Spiegel-Affäre vgl. Schöps, Die Spiegel-Affäre.

Außenpolitisch orientierte sich die Bundesrepublik unter Kanzler Adenauer von Anfang an strikt nach Westen. Der Osten kam dabei zunächst nur als Feindbild und Abgrenzungsmodell vor. Die konsequente Folge war eine „Politik der Stärke“ mit der Hallstein-Doktrin, die allen Staaten die Aufkündigung der diplomatischen Beziehungen für den Fall androhte, dass sie die DDR anerkannten.¹⁹ Daneben stellte sich während der Großen Koalition in der Außenpolitik besonders die Frage, ob die Bundesrepublik den Nicht(weiter)verbreitungsvertrag unterschreiben sollte. Der Kontrakt war zwischen den USA und der UdSSR ausgehandelt worden und sollte die Weiterverbreitung von Kernwaffen und spaltbarem Material an Drittländer verhindern.²⁰

Was die Deutschlandpolitik betrifft, begannen die Sechzigerjahre mit der „zweiten“²¹ beziehungsweise „heimlichen“²² Gründung der DDR, dem Mauerbau am 13. August 1961.²³ Dadurch stabilisierte sich der ostdeutsche Staat, ließ aber „alle deutschlandpolitischen Initiativen der SED vorerst zu Makulatur werden“.²⁴ Trotz der inhaltlichen Entfernung durch das „Nationale Dokument“ (1962) der SED,²⁵ das von der Spaltung der Nation in zwei Staaten ausging, kam es noch am Anfang der Dekade zu konkreten Kooperationen zwischen der „westdeutschen Bundesrepublik“ und der „SBZ“.²⁶ An Weihnachten 1962 begann der Freikauf von DDR-Häftlingen.²⁷ Ein Jahr später wurde das erste Passierscheinabkommen für Westberliner ausgehandelt, die den Ostteil der Stadt besuchen wollten. Drei weitere Abkommen folgten bis 1966. Daneben gestattete die DDR ihren Rentnern erstmals 1964, zu Besuchen in den Westen zu reisen.²⁸

Als Gerhard Schröder 1961 Bundesaußenminister wurde, startete er eine „Politik der Bewegung“.²⁹ Sie wurde von Ostberlin als „außerordentlich gefährlich beurteilt“.³⁰ Mit ihr wäre eine erfolgreiche Ostpolitik an der DDR vorbei betrieben worden, und dies wollte die SED verhindern. Durch die Bildung der Großen Koalition änderten sich die Beziehungen zwischen Bundesrepublik und DDR. Die DDR-Führung reagierte auf die sozialdemokratisch geprägte Neue

¹⁹ Stöver, Bundesrepublik Deutschland, S. 102.

²⁰ Der Vertrag – auch Atomwaffensperrvertrag beziehungsweise Nonproliferation-Treaty genannt – wurde erst vom Kabinett Brandt/Scheel am 28. 11. 1969 unterschrieben, dazu: Bierling, Außenpolitik, S. 120–126.

²¹ Bender, Episode oder Epoche?, S. 163.

²² Staritz, Geschichte der DDR, S. 196.

²³ Zum Mauerbau und seinen Gründen vgl. Steininger, Mauerbau.

²⁴ Schroeder, SED-Staat, S. 189.

²⁵ Dokumente zur Deutschlandpolitik, Reihe V, Bd. 1, S. 651–666, bes. S. 661.

²⁶ Die DDR bezeichnete die Bundesrepublik als „westdeutsche Bundesrepublik“, während diese die DDR als „SBZ“, „Ostzone“ usw. umschrieb. Zu den Bezeichnungen und wie sie prozentual in der westdeutschen Bevölkerung benutzt wurden vgl. Einzel-Information Nr. 807/67, 14. 9. 1967, Anlage, BStU, HV A/228.

²⁷ Rehlinger, Freikauf.

²⁸ Kuppe, Deutschlandpolitik der DDR, S. 258.

²⁹ Schröder konnte mit Polen (7. 3. 1963), Rumänien (17. 10. 1963), Ungarn (9. 11. 1963) und Bulgarien (6. 3. 1964) Handelsabkommen abschließen und durchbrach damit diplomatisch den Eisernen Vorhang.

³⁰ Lemke, Der lange Weg, S. 84.

Ostpolitik³¹ unter Brandt/Bahr verunsichert. Solange frühere Bundesregierungen eine starre und gegen die DDR gerichtete Politik betrieben hatten, war die SED als Vertreterin der Entspannungspolitik aufgetreten. Die gegenüber der Vorgängerregierung deutlich beweglichere Ostpolitik der Großen Koalition³² brachte die Partei in Schwierigkeiten. Aus Verärgerung verschärfte die DDR ihre politische Argumentation und ihren Abgrenzungskurs gegenüber der Bundesrepublik.³³

Die SED war nicht an Dialogen interessiert, die auf die Gesellschaft der DDR übergreifen konnten. Weil die DDR-Führung – nicht zu Unrecht – vermutete, Bonn wolle sie isolieren und außenpolitisch ausklammern,³⁴ leistete sie gegen die Entspannungspolitik der Bundesrepublik erbitterten Widerstand. Die SED vollzog deshalb einen abrupten Kurswechsel in ihrer offiziellen Deutschlandpolitik.³⁵

Die Phase Ende 1966/Anfang 1967 markierte durch das deutschlandpolitische Umdenken in der Bundesrepublik und die Reaktion der DDR eine Zäsur in der deutsch-deutschen Politik. Mit der vierten Durchführungsbestimmung zum Passgesetz³⁶ machte der DDR-Staatsratsvorsitzende Walter Ulbricht seine verhärtete deutschlandpolitische Haltung deutlich. Am gleichen Tag, dem 13. Dezember 1966, äußerte sich das Kabinett Kiesinger/Brandt in einer Regierungserklärung erstmals offiziell zur Deutschlandpolitik. Der neue Kanzler propagierte darin eine Politik der konkreten Schritte, mit denen er fruchtlose Wiedervereinigungsreden hinter sich lassen und praktische Verbesserungen erreichen wollte. Diese Politik sollte Kontakte mit den Machthabern von „drüben“ nicht ausschließen.³⁷ Den Alleinvertretungsanspruch der Bundesrepublik gab Kiesinger damit nicht auf, aber er setzte neue Akzente.

Im Januar 1967 erntete die neue Bundesregierung die Früchte, die der vorhergehende Außenminister Schröder gesät hatte. Am 31. Januar 1967 nahm die Bundesrepublik diplomatische Beziehungen zu Rumänien auf. Die Regierungen Ungarns, der UdSSR und Bulgariens zeigten ebenfalls Interesse an einem Botschafteraustausch.³⁸ Darauf reagierte die DDR mit einer Kampagne gegen den gesamtdeut-

³¹ Zur Einschätzung, dass sich bei der Neuen Ostpolitik der „Regierung Kiesinger/Strauß“ lediglich die Taktik, aber nicht der Inhalt geändert habe, vgl. Barth, Bonner Ostpolitik gegen Frieden und Sicherheit, S. 142–144. Zur Neuen Ostpolitik vgl. Bender, Die „Neue Ostpolitik“.

³² Vgl. die Einschätzung bei: Gassert, Kiesinger, S. 553.

³³ Lagebericht Ost, 23/66, S. 7, BAArch, BND, B 206/897. Zu den Erwartungen von Ulbricht an eine neue Regierung vgl. ND vom 30. 11. 1966, S. 1f.

³⁴ Die westdeutschen Angebote an Polen, Rumänien, Ungarn und Bulgarien zum Abschluss günstiger Handelsverträge und zur Errichtung von Handelsmissionen liefen auf eine Isolierung der DDR im eigenen Bündnis hinaus, vgl. Lemke, Der lange Weg, S. 84; vgl. auch: Taschler, Vor neuen Herausforderungen, S. 117f.

³⁵ Weber, Geschichte der DDR, S. 252; Schroeder, SED-Staat, S. 194; Staadt, Die geheime Westpolitik, S. 225.

³⁶ DzD, Reihe V, Bd. 1/1, S. 3f.

³⁷ StenB BT, 5. WP, 80. Sitzung am 13. 12. 1966, S. 3664B–D, Zitat: S. 3664C.

³⁸ Dieses Vorgehen wurde durch die „Geburtsfehler-Theorie“ begründet, die besagte, dass die Hallstein-Doktrin nicht auf Staaten angewandt werden solle, die keine andere Wahl hatten, als mit Ostberlin Botschafter auszutauschen, und die daher auch keine „präinatale Unfreundlichkeit“ gegenüber der Bundesrepublik begangen hatten, vgl. Kilian, Hallstein-Doktrin, S. 337.

schen Gedanken.³⁹ Außerdem setzte die SED mit Hilfe der UdSSR im selben Monat durch, dass „kein osteuropäischer Staat der DDR bei der Entwicklung von Beziehungen zur Bundesrepublik zuvorkommen sollte“. Die SED stellte somit der westdeutschen Hallstein-Doktrin eine Ulbricht-Doktrin entgegen.⁴⁰

Nachdem die Sowjetunion das Bemühen der Bundesregierung vereitelt hatte, die Beziehungen zu weiteren Staaten des Ostblocks nach dem Beispiel Rumäniens zu normalisieren, suchte Bonn das direkte Gespräch mit Moskau. Ziel war der Austausch von Gewaltverzichtserklärungen als Zwischenstufe zu einem Friedensvertrag, um die bisherigen Rechtspositionen in der Deutschen Frage aufrechtzuerhalten. Der Dialog zwischen der Bundesregierung und der UdSSR war 1967/1968 zwar geheim zustande gekommen. Doch die Verhandlungspartner kamen zu keinem Ergebnis, der Prager Frühling unterbrach die Gespräche. Als sie wieder aufgenommen wurden, war der Wahlkampf zum 6. Deutschen Bundestag bereits im Gange und konstruktive Außenpolitik kaum mehr möglich.⁴¹

Vier Wochen nach dem VII. SED-Parteitag vom 17. bis 22. April 1967 antwortete der Vorsitzende des DDR-Ministerrates, Willi Stoph, auf die Offerte der Regierungserklärung Kiesingers vom 12. April 1967. In einem Brief an den Bundeskanzler vom 10. Mai 1967 schlug Stoph vor, über eine Normalisierung der Beziehungen direkt zu verhandeln.⁴² Von einem Gewährsmann aus dem SPD-Parteivorstand erfuhr die SED daraufhin, der Stoph-Brief habe „Wirrwarr und Ratlosigkeit ausgelöst“; wie „Wehner intern erklärte, seien Kiesinger angeblich nunmehr Zweifel gekommen, ob er mit seiner Regierungserklärung nicht doch zu weit gegangen sei“.⁴³ Obwohl es eine „geradezu revolutionäre Entscheidung“ war,⁴⁴ den Stoph-Brief anzunehmen und zu beantworten, führte der weitere Briefwechsel zu keinem Ergebnis. Immerhin hatte die Bundesregierung „die faktische Existenz der DDR erstmals anerkannt und sich von selbstauferlegten Fesseln befreit“.⁴⁵

Nach der – wenn auch stark begrenzten – Beteiligung der DDR an der Niederschlagung des Prager Frühlings Ende August 1968 wurden alle weiteren Versuche, einen Prozess der innerdeutschen Entkrampfung einzuleiten, gestoppt. Die „Entspannungsphase trat in eine Pause ein“.⁴⁶ Als der Bundestagspräsident die Bundesversammlung für den 5. März 1969 wie üblich nach Westberlin einberief, signalisierte die DDR ihre Bereitschaft zu einem neuen Passierscheinabkommen, wenn

³⁹ Schroeder, SED-Staat, S. 194f.; Weber, Geschichte der DDR, S. 252f.

⁴⁰ Garton Ash, Im Namen Europas, S. 87.

⁴¹ Das Kabinett Brandt/Scheel führte die Gespräche ab Dezember 1969 fort, und Bundeskanzler Brandt unterzeichnete am 12. 8. 1970 in Moskau den deutsch-sowjetischen Vertrag über Gewaltverzicht und Anerkennung der in Europa bestehenden Grenzen.

⁴² Der Briefwechsel zwischen Stoph und Kiesinger vom 10. 5. 1967, 13. 6. 1967, 18. 9. 1967 u. 28. 9. 1967 ist abgedruckt in: DzD, Reihe V, Bd. 1, S. 1115–1117, 1277–1279, 1668–1670 u. 1733. Zur Besonderheit der Annahme vgl. Gassert, Kiesinger, S. 556.

⁴³ Streng vertraulich! Nicht zur Veröffentlichung bestimmt!, Vermerk vom 5. 6. 1967, SAPMO-BArch, ZK-Büro Norden, DY 30 IV A2/2.028/24.

⁴⁴ Link, Deutschlandpolitik, S. 1722.

⁴⁵ Weber, Geschichte der DDR, S. 253.

⁴⁶ Buchstab, Geheimdiplomatie, S. 899. Zu den Auswirkungen des Prager Frühlings auf die Politik der Großen Koalition vgl. Schönhoven, Wendejahre, S. 400–408.

die Versammlung von Berlin nach Bonn verlegt würde. Kiesinger lehnte das ostdeutsche Angebot ab. Daraufhin näherten sich die Beziehungen erneut dem Gefrierpunkt.⁴⁷ Wenn die Gespräche auf Regierungsebene lediglich geringfügig vorangetrieben wurden, so kam das Kabinett Kiesinger/Brandt der DDR doch auf wirtschaftlichem Gebiet entgegen. Es förderte den Interzonenhandel, von dem vor allem die DDR profitierte.⁴⁸

Das Jahr 1969 brachte erneut westdeutsche Vorstöße, die aber von der DDR ignoriert wurden. Sie hielt starr an ihrer Politik des „Alles oder Nichts“ fest: Erst sollte die DDR als Staat anerkannt werden. Noch im Frühjahr 1969 lehnte sie eine Unterstützung der SPD vor den Bundestagswahlen ab⁴⁹ und rechnete für die kommende Legislaturperiode des Deutschen Bundestages mit der Fortsetzung der Großen Koalition.⁵⁰

Neben der Außen- und Deutschlandpolitik waren die Sechzigerjahre auch in anderen Bereichen eine bewegte Zeit. Die bundesdeutsche Wirtschaft war bestimmt von einem anhaltenden Aufschwung und einem steigendem Bruttosozialprodukt (BSP). Während das BSP 1950 bei 98,1 Mrd. DM gelegen hatte, steigerte es sich in zehn Jahren auf mehr als das Dreifache. Zwischen 1960 und 1970 wuchs es nochmals um über hundert Prozent auf 675,7 Mrd. DM. Während der Sechzigerjahre herrschte fast durchgehend Vollbeschäftigung. Die Arbeitslosenquote fiel von 11,0 Prozent (1 868 000 Arbeitslose) im Jahr 1950 bis 1960 auf 1,3 Prozent (270 000) und lag 1965 bei 0,7 Prozent (147 400). 1967 stieg die Arbeitslosigkeit dagegen leicht auf 2,1 Prozent (459 500), aber 1970 ging sie wieder auf 0,7 Prozent (148 800) zurück.⁵¹ Durch die wirtschaftliche Prosperität nach über fünfzehn Friedensjahren wurde aus der „materiell armseligen und autoritätshörigen Gesellschaft“ der Fünfziger- die Wohlstandsgesellschaft der Sechzigerjahre.⁵²

In die genannte Dekade fiel aber auch die erste wirtschaftspolitische Zäsur in der Geschichte der Bundesrepublik:⁵³ der „Rezessionsschock“ von 1966/1967 und das Auslaufen der „Langen Fünfziger Jahre“⁵⁴. Um 1966 endeten in der Bundesrepublik die für die unmittelbare Nachkriegszeit kennzeichnenden Entwicklungen, in erster Linie der forcierte Ausbau der Industrie, der über mehr als ein Jahrhundert Deutschlands Wirtschaft geprägt hatte. Die Dienstleistungsgesellschaft be-

⁴⁷ Zu den Maßnahmen seitens der DDR gegenüber der Bundesversammlung vgl. Protokoll der Politbüro-Sitzung 11/69 am 11.3.1969, Anhang 6, SAPMO-BArch, ZK, DY 30/J IV 2/2/1219.

⁴⁸ Kruse, Politik und deutsch-deutsche Wirtschaftsbeziehungen, S.87f. u. 99-114; sowie: Taschler, Vor neuen Herausforderungen, S.118.

⁴⁹ Bericht Erich Honeckers auf der 10. Tagung des ZK der SED am 28.4.1969, S.92f., SAPMO-BArch, ZK, DY 30/IV 2/1/394.

⁵⁰ Staadt, Die geheime Westpolitik, S.274-277.

⁵¹ BSP: 1960: 303,0 Mrd. DM; 1965: 458,2 Mrd. DM; 1970: 675,7 Mrd. DM; vgl. Rytlewski/Opp de Hipt, Zahlen, S.188 u. 141. Zu den wirtschaftlichen Zahlen vgl. ebenfalls: Kap. I.1 u. III.2.

⁵² Schildt, Ankunft im Westen, S.23.

⁵³ Die Einführung der D-Mark (21.6.1948) lag noch vor der Gründung der Bundesrepublik und gehörte deshalb noch in ihre Vorgeschichte; die Inflationsgefahr seit 1964 war keine wirkliche Zäsur, vgl. Erker, Zeitgeschichte als Sozialgeschichte, S.220.

⁵⁴ Abelshauser, Die Langen Fünfziger Jahre.

gann die Industriegesellschaft zu verdrängen.⁵⁵ Einen weiteren wichtigen Einschnitt erlebte das größte deutsche Bundesland Nordrhein-Westfalen mit dem Strukturwandel bei der Kohle im Ruhrgebiet. Der Niedergang des Bergbaus an Rhein und Ruhr bereitete der Großen Koalition erhebliche Probleme.⁵⁶

Die Wirtschaftspolitik änderte sich grundlegend mit dem Ende der Ära Erhard, dem Amtsantritt von Minister Karl Schiller und dem 1967 verabschiedeten Stabilitäts- und Wachstumsgesetz.⁵⁷ „Globalsteuerung“ hieß das neue Zauberwort, durch das sich die Zielsetzung der Finanzpolitik veränderte: Aus dem Zieldreieck mit Vorrang für die Geldstabilität wurde das Magische Viereck von Wachstum, Stabilität, Vollbeschäftigung und außenwirtschaftlichem Gleichgewicht.⁵⁸

Die Sechzigerjahre wurden eingängig als das „Erwachsenwerden“ der Bundesrepublik bezeichnet.⁵⁹ Die westdeutsche Gesellschaft erlebte einen fundamentalen Umbruch. Einstellungen, Lebensgefühl und Wertesystem veränderten sich, ebenso wie das politische Klima grundlegend und nachhaltig.⁶⁰ Nicht länger der Gedanke an den Aufbau, sondern das Begehren nach Bewegung und Aufbruch bestimmten die Zeit. Im Zuge der Proteste gegen den Vietnamkrieg und die Notstandsgesetze entwickelte sich die „Studentenrevolte“. Sie konnte nur deshalb so viel Schubkraft entwickeln, weil sie ein Teil des gesellschaftlichen Aufbruchs⁶¹ der 1960er-Jahre war. Der Sozialistische Deutsche Studentenbund (SDS)⁶² war einer der Hauptträger der sich formierenden Außerparlamentarischen Opposition (APO).⁶³ Ihnen diente die Große Koalition als Anlass und Vorwand,⁶⁴ um eine Legitimationskrise des Parlamentarismus zu konstruieren.

1968 waren lediglich zehn Prozent der entsprechenden Altersgruppe Studierende (rund 300 000) und somit nur ein geringer Teil der Bevölkerung.⁶⁵ Unter diesen wiederum war nur ein geringer Anteil in der Studentenbewegung aktiv.⁶⁶ Die Angehörigen der Protestbewegung stammten überwiegend aus politisch liberalen Elternhäusern. Es handelte sich somit nicht um eine Rebellion aufgrund von Armut oder sozialer Benachteiligung, sondern um ein Aufbegehren von Bildungsbürgern beziehungsweise Mitgliedern der Mittelschicht, die sich von „moralischen und ideologischen Betrachtungen“ leiten ließen.⁶⁷ Festzuhalten ist, dass die Veränderungen dieser Zeit durch die 68er nicht hervorgerufen, sondern lediglich verstärkt wurden.⁶⁸

⁵⁵ Schäfers, Gesellschaft der Bundesrepublik, S. 237.

⁵⁶ Nonn, Ruhrbergbaukrise, bes. S. 336–373.

⁵⁷ Borchardt, Zäsuren in der wirtschaftlichen Entwicklung, S. 24. Dieses Gesetz war unter Erhard vorbereitet und von Schiller modifiziert worden.

⁵⁸ Kleßmann, Zwei Staaten, S. 218.

⁵⁹ Bracher, Bewährung der Zweiten Republik, S. 9.

⁶⁰ Maier, Einleitung, in: Die sechziger Jahre, in: Politik & Unterricht 1999, S. 3.

⁶¹ Korte, Gesellschaft im Aufbruch, S. 46.

⁶² Zum SDS vgl. Albrecht, Der Sozialistische Deutsche Studentenbund.

⁶³ Doering-Manteuffel, Westernisierung, S. 311.

⁶⁴ Bei der Studentenbewegung handelte es sich um ein weltweites Phänomen. Sie wurde in der Bundesrepublik durch die Große Koalition lediglich verstärkt, vgl. Gilcher-Holtey, Die 68er Bewegung; Frei, 1968.

⁶⁵ Görtemaker, Geschichte der Bundesrepublik, S. 476.

⁶⁶ Vgl. die Zahlen bei: Koenen, Das rote Jahrzehnt, S. 18.

⁶⁷ Langguth, Protestbewegung, S. 19.

⁶⁸ Korte, Gesellschaft im Aufbruch, S. 17.

Für die APO bedeutsam war auch der Vergangenheitsdiskurs und seine Interpretation als Auseinandersetzung der Jüngeren mit der Schuld ihrer Eltern während des Nationalsozialismus.⁶⁹ Allerdings war bereits das ganze Jahrzehnt – und nicht erst 1968 – gekennzeichnet durch eine Intensivierung der Debatte.⁷⁰ 1963/1965 fand der Auschwitz-Prozess in Frankfurt am Main statt.⁷¹ Es entstand ein weitgehender Common Sense über die Notwendigkeit einer selbstkritischen NS-Debatte.⁷² Eines der wichtigsten Werke hierzu war „Die Unfähigkeit zu trauern“ von Alexander und Margarete Mitscherlich.⁷³

Als bei der Anti-Schah-Demonstration am 2. Juni 1967 in Berlin der Student Benno Ohnesorg von einem Polizisten erschossen wurde, kam es zu einer Radikalisierung⁷⁴, und nach dem Attentat auf den Berliner SDS-Führer Rudi Dutschke am 11. April 1968 zu den Osterunruhen. Nach den Protesten gegen die Notstandsgesetzgebung⁷⁵ im Frühsommer 1968 parzellierte sich der SDS. Die Gründe hierfür sind einerseits in den immer radikaler werdenden Zielen und Mitteln zu sehen, was die Basis schwächte; andererseits erwies sich das verfeimte „System“ in hohem Maße als reformfähig und entzog damit dem Radikalismus den Boden.⁷⁶

In den Sechzigerjahren wurden moderne Lebensstile alltäglich und verloren ihren Avantgardeanspruch.⁷⁷ Kiesinger sprach vor dem Deutschen Bundestag von einem „Zwang zur Modernität“, die notwendig sei.⁷⁸ Sein Vizekanzler hatte sich bereits ähnlich geäußert, als er in einem Interview mitteilte, es gehe um eine Politik der „Bewegung und Modernisierung“.⁷⁹ Planung, Steuerbarkeit und technokratischer Rationalismus waren die Leitbegriffe für das, was die Öffentlichkeit in den Sechziger- und frühen Siebzigerjahren für modern hielt. Eine überschwängliche Fortschrittsgläubigkeit sowie „Planungseuphorie“ erfassten alle gesellschaftlichen Bereiche.⁸⁰ Als erster Mensch umrundete der Kosmonaut Juri Gagarin (UdSSR) die Erde – am Ende des Jahrzehnts sollte der Astronaut Neil Armstrong (USA) als erster Mensch den Mond betreten.

Das Jahrzehnt wurde insgesamt als eine Zeit erlebt, in der man glaubte, die „klassischen Probleme“ allesamt in den Griff zu bekommen. Das Ende aller Kri-

⁶⁹ Mausbach, Wende um 360 Grad?, S. 15–47.

⁷⁰ Schildt, Vor der Revolte, S. 9.

⁷¹ Der Prozess gegen Adolf Eichmann, seine Verurteilung und Hinrichtung in Jerusalem (1961) hatte im öffentlichen Bewusstsein wenig geändert, erst der Frankfurter Prozess konfrontierte die bundesrepublikanische Öffentlichkeit wieder mit der NS-Vergangenheit und deren Grausamkeiten, vgl. Herzinger, Am Anfang der Wahrheit, in: *Die Zeit* vom 11.12.2003, S. 82.

⁷² Siegfried, Zwischen Aufarbeitung und Schlussstrich, S. 100; zur NS-Vergangenheitsbewältigung in den 1960ern vgl. auch: Herf, Zweierlei Erinnerung, S. 395–439.

⁷³ Bes. S. 23; vgl. auch: Schildt, Der Umgang mit der NS-Vergangenheit.

⁷⁴ Richter, Die Außerparlamentarische Opposition.

⁷⁵ Kraushaar, Achtundsechzig, S. 163–175.

⁷⁶ Langguth, Protestbewegung, S. 28 u. 44f.

⁷⁷ Braig/Lohauß/Polster/Voy, Projekte der Moderne und Modernisierungen, S. 41.

⁷⁸ StenB BT, 5. WP, 158. Sitzung am 11.3.1968, S. 8174B.

⁷⁹ Brandt im WamS-Interview am 4.9.1967, AdsD, WBA, A3/259.

⁸⁰ Ruck, Ein kurzer Sommer, S. 362–401; Rödder, Modernisierungsideologie am Ende, S. 82. Zum Modernisierungsdiskurs der 1960er-Jahre vgl. Metzler, Konzeptionen politischen Handelns, S. 289–297.

sen schien gekommen, ohne dass bereits sichtbar geworden wäre, welche neuen Krisen durch die Behandlung der alten heraufbeschworen wurden. Seit Ende der 1950er-Jahre gewannen zudem Wissen und Vorausschau in der bundesdeutschen Politik an Bedeutung. In den Sechzigerjahren setzte sich mit aller Macht die Tendenz durch, politische Entscheidungen durch wissenschaftliche Beratung vorzubereiten und begleiten zu lassen.⁸¹

Nicht nur in der politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Entwicklung gab es am Übergang von den Fünfziger- zu den Sechzigerjahren einen tiefen Einschnitt, sondern auch in der Kulturentwicklung.⁸² Weite Teile des Kulturbereichs erlebten eine Politisierung. In der Literatur folgten auf das „motorisierte Biedermeier“ (Erich Kästner) Bewegungen eines politisch-kulturellen Selbstbewusstseins, das auf einen grundsätzlichen Wandel drängte.⁸³ Besonderes Aufsehen erregte die Kritik, die Karl Jaspers in seinen Werken „Wohin treibt die Bundesrepublik?“ und „Antwort. Zur Kritik meiner Schrift *Wohin treibt die Bundesrepublik?*“ am politischen System der Bundesrepublik übte.⁸⁴ In diesen Bestsellern klagte der in Basel lebende Philosoph über einen Strukturwandel, der zur Parteienoligarchie führe und einen Übergang zur Diktatur ermögliche.

2. Vorgeschichte und Bildung der Großen Koalition

Ein Zitat aus Johann Wolfgang von Goethes „Faust“ erwies sich einmal mehr als zutreffend: „Wo fehlt's nicht irgendwo auf dieser Welt? Dem dies, dem das, hier aber fehlt das Geld.“⁸⁵ Gegen Ende des Jahres 1966 fehlten im Bundeshaushalt 4,6 Mrd. DM. Bei einem Gesamthaushalt von rund 69,2 Mrd.⁸⁶ war dies eine stattliche Summe. Der „Schuldenhügel“ der Bundesrepublik betrug am Jahresende 40,8 Mrd. DM.⁸⁷ Die wirtschaftliche Lage hatte sich verschlechtert. Am Ende dieses Jahres gab es 673 000 Arbeitslose, das Bruttosozialprodukt stagnierte und die Inflationsrate lag bei 3,5 Prozent.⁸⁸

⁸¹ Metzler, Am Ende aller Krisen, S. 62, 76 u. 83.

⁸² So ist die Entstehung des Begriffs „Postmoderne“ retrospektiv mit dieser Jahrzehntenwende verbunden, vgl. Hoffmann, Destruktionskunst, S. 17. Zur Postmoderne allgemein: Beyme, Theorie der Politik, bes. S. 147–172; Welsch, Unsere postmoderne Moderne.

⁸³ Vormweg, Literatur, S. 64.

⁸⁴ Wohin treibt die Bundesrepublik?; Antwort. Zur Kritik meiner Schrift *Wohin treibt die Bundesrepublik?*; zu Jaspers als politischen Philosophen vgl. Kadereit, Karl Jaspers, bes. S. 177–189.

⁸⁵ Goethe, Faust II, 1. Akt, Kaiserliche Pfalz, Zitat: Mephistopheles, Z. 4889f.

⁸⁶ Die Ausgangslage für den Bundeshaushalt 1966, S. 71.

⁸⁷ Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland 1967, S. 424. Angesichts späterer Summen kann nicht von einem „Schuldenberg“ gesprochen werden.

⁸⁸ Görtemaker, Geschichte der Bundesrepublik, S. 447f.; Rytlewski/Opp de Hipt, Zahlen, S. 141. Vgl. auch die offenen Stellen und Anzahl der Gastarbeiter, welche die Zahlen noch weniger dramatisch – vor allem für spätere Leser – erscheinen lassen: Statistisches Jahrbuch 1967: S. 149; 1968: S. 131; 1969: S. 128; u. 1970: S. 125.

Als eine Folge davon wurde das Modell einer großen Koalition, das schon am Anfang der Bundesrepublik gefordert worden war,⁸⁹ wieder aufgegriffen. Adenauer hatte sich 1949 mit seiner Vorstellung einer Bürgerkoalition durchsetzen können,⁹⁰ aber er selbst war es, der 1961 bei der Regierungsbildung nach der Bundestagswahl ein CDU/CSU-SPD-Bündnis ins Gespräch brachte. Der Bundeskanzler wollte mit seinem lauten Nachdenken über eine solche Allianz die Unterstützung der FDP für sich als Kanzler gewinnen, weil diese Partei es vor der Wahl abgelehnt hatte, noch einmal in ein Kabinett Adenauer einzutreten.⁹¹ Auch die schwierige außenpolitische Situation nach dem Berliner Mauerbau führte zu einer Diskussion über ein „Kabinett der nationalen Konzentration“.⁹² Nachdem die Spiegel-Affäre sich zu einer Regierungskrise ausgeweitet hatte, fing der Bundeskanzler 1962 erneut an, eine große Koalition zur Sprache zu bringen.⁹³

Während es auf CDU-Seite immer wieder Adenauer war, der ein solches Bündnis thematisierte, war es auf Seiten der SPD Herbert Wehner. Bei beiden spielte die große Koalition eine Rolle in der politischen Taktik. Adenauer wollte die Macht seiner Partei durch ein Bündnis mit der SPD erhalten, Wehner sie mit Hilfe der CDU erreichen.⁹⁴ Dass die Bemühungen um eine schwarz-rote Koalition tatsächlich ernst gemeint waren, ist nicht zuletzt daran zu erkennen, dass die Gespräche zwischen den Parteien vertraulich waren.⁹⁵ Aufrechterhalten wurden die 1962 geknüpften Kontakte zwischen den Parteispitzen von Wehner und dem CSU-Bundestagsabgeordneten Guttenberg.⁹⁶ Auch Bundespräsident Heinrich Lübke befürwortete eine große Koalition.⁹⁷ Deshalb unterstützte Wehner Lübkes Wiederwahl zum Bundespräsidenten 1964, die daraufhin mit den Stimmen der SPD zustande kam.⁹⁸ 1965 war es erneut Konrad Adenauer, der öffentlich für eine große Koalition plädierte, die sowohl die Notstandsgesetze als auch die Finanzreform voranbringen sollte.⁹⁹

Diese Annäherung der beiden großen Parteien seit Beginn der 1960er-Jahre darf nicht über den Umstand hinwegtäuschen, dass gerade Adenauer ein erbitterter Kontrahent der SPD war und Unionsparteien und Sozialdemokratie bis zum Godesberger Parteitag mit ihren programmatischen Vorstellungen weit auseinander lagen. Insbesondere in der Außen-, Deutschland- und Wirtschaftspolitik trennten sie Gräben, die erst überwunden werden mussten. Wenn die SPD nach 1959 zu

⁸⁹ Hennis, Rolle des Parlaments, S. 216; Knorr, Der parlamentarische Entscheidungsprozess, S. 24–28.

⁹⁰ Alt, Es begann mit Adenauer, S. 61.

⁹¹ Köhler, Adenauer, S. 561.

⁹² Brandt, Begegnungen und Einsichten, S. 43.

⁹³ Zum Versuch von 1962 vgl. Gotto, Versuch einer Großen Koalition, S. 316–338.

⁹⁴ Augstein, Wehner und die Große Koalition, bes. S. 34.

⁹⁵ Roeggele, Bemühungen um eine große Koalition in Bonn, S. 222.

⁹⁶ Die Bemühungen Guttenbergs um eine große Koalition stellte Wirz, Guttenberg, in den Mittelpunkt seiner Arbeit; das Zusammenspiel der CDU mit Wehner behandelte ausführlich: Morsey, Vorbereitung der Großen Koalition, S. 462–478.

⁹⁷ Bouvier, Zwischen Godesberg und Großer Koalition, S. 283. Zu Lübke allgemein vgl. Morsey, Lübke.

⁹⁸ Leugers-Scherzberg, Wandlungen des Herbert Wehner, S. 308.

⁹⁹ Adenauer, Möglichkeiten einer Großen Koalition, S. 16.

einer Politik der „punktuellen Opposition“ wechselte, so gab es doch auch nach „Godesberg“ immer wieder deutliche Auseinandersetzungen zwischen den Parteien. Während die sozialdemokratische Parteispitze eine Strategie der „Umar-
mung“ verfolgte,¹⁰⁰ blieben Mitgliederbasis und viele Funktionäre weitgehend ge-
gen die CDU/CSU eingestellt.¹⁰¹

Dass es zur Bildung einer schwarz-roten Koalition kam, lag unter anderem an der „lang schwelenden Krise“ des Kabinetts Erhard/Mende.¹⁰² So bezeichnete Er-
hards Nachfolger im Amt des Bundeskanzlers, Kurt Georg Kiesinger, in seiner
ersten Regierungserklärung vom 13. Dezember 1966 die Situation, die zu seiner
Wahl und zur Bildung des Regierungsbündnisses aus CDU/CSU und SPD ge-
führt hatte.¹⁰³

Konrad Adenauer hatte schon früh geäußert, dass sein Vizekanzler sich nicht
zum Kanzler eignen würde.¹⁰⁴ Seine Partei aber brauchte Erhard, um mit ihm als
„Lokomotive“ die Wahl von 1965 zu gewinnen.¹⁰⁵ Aber auch Erhards ausgezeich-
netes Wahlergebnis von 1965¹⁰⁶ konnte über seine Schwächen als Bundeskanzler
und Parteichef (ab März 1966) nicht hinwegtäuschen. Nach der Wahl nahmen die
Schwierigkeiten für die Regierung Erhard/Mende immer mehr zu. In der Außen-
politik mussten die Bedingungen des Off-Set-Abkommens¹⁰⁷ erfüllt werden. Es
deutete sich an, dass die Bundesregierung in den Strudel allgemeiner Unsicherheit
und Orientierungslosigkeit zu geraten drohte.¹⁰⁸ Bereits kurz nach der Regierungs-
bildung von 1965 machte plötzlich das Wort von der „wirtschaftlichen Rezession“
die Runde, obwohl sie keine ernsthaften Ausmaße annahm. Aber die wirtschaft-
liche Abflachung¹⁰⁹ bei 0,2 Prozent Wachstum des BSPs – es kann lediglich von
einem „Rezessionöchen“¹¹⁰ gesprochen werden – empfanden weite Teile der Bevöl-
kerung als eine echte Krise, weil die ungewohnte Rezession für sie einen „Schock“
darstellte.¹¹¹ Aufgrund der Rezession ergab sich trotz der eingeleiteten Sparmaß-

¹⁰⁰ Sontheimer/Bleek, Grundzüge des politischen Systems, S. 229; Beispiele für Differenzen
bei: Schmid, Erinnerungen, S. 772–777; zu den genannten Auseinandersetzungen über
die Regierungspolitik von 1963 vgl. auch: Soell, Schmidt, S. 465.

¹⁰¹ SPD-Fraktionssitzung am 26./27. 12. 1966, in: SPD-Fraktion. Sitzungsprotokolle,
S. 1054.

¹⁰² Zum Scheitern der Regierung Erhard vgl. Hildebrand, Von Erhard zur Großen Koali-
tion, S. 202–240; Hentschel, Erhard, S. 579–649.

¹⁰³ StenB BT, 5. WP, 80. Sitzung am 13. 12. 1966, S. 3656C.

¹⁰⁴ Z. B. Koerfer, Kampf ums Kanzleramt, S. 737.

¹⁰⁵ Günther, Kanzlerwechsel, S. 104f. Die CDU kannte die Schwächen Erhards „recht ge-
nau und erwartete, daß er binnen kurzer Zeit abgewetzt“ sein werde, so bei: Schwarz,
Adenauer, S. 677.

¹⁰⁶ 1961: CDU/CSU = 45,3% = 242 Mandate; 1965: CDU/CSU = 47,6% = 251 Mandate.

¹⁰⁷ Bei dem Off-Set-Abkommen handelte es sich um Devisenausgleichszahlungen, von der
die USA wie auch Großbritannien die Stärke der in der Bundesrepublik stationierten
US-amerikanischen und britischen Truppen abhängig machten, vgl. Bierling, Außenpo-
litik, S. 164.

¹⁰⁸ Görtemaker, Geschichte der Bundesrepublik, S. 431.

¹⁰⁹ Hardach, Krise und Reform, S. 212–216.

¹¹⁰ Vgl. Ost, in: „Plisch und Plum“, S. 33.

¹¹¹ Mandel, Die deutsche Wirtschaftskrise, S. 5. Vom Juni bis zum Höhepunkt im Dezem-
ber 1966 verschlechterte sich die Stimmungslage der Bevölkerung. Im Juni gaben noch
33% der Befragten an, sie denken, dass die wirtschaftliche Lage in der Bundesrepublik

nahmen die genannte Deckungslücke im Bundeshaushalt, bei der die Off-Set-Ansprüche der USA von 3,6 Mrd. DM noch nicht eingerechnet waren.¹¹² Dass die CDU/CSU ihrem Kanzler die Lösung der Probleme nicht mehr zutraute, war eine der Hauptursachen für den Regierungswechsel im November 1966.¹¹³

Als alle Bundesländer den Haushaltsentwurf des Bundes ablehnten, glich dies einer schallenden Ohrfeige für den früher so gefeierten „Vater des Wirtschaftswunders“.¹¹⁴ Der Sturz Erhards zeichnete sich ab, als keine Einigung mit der FDP über die Deckung des Haushalts für 1967 zustande kam.¹¹⁵ Ein Antrag der SPD,¹¹⁶ der Kanzler solle die Vertrauensfrage im Parlament stellen, wurde von der FDP unterstützt. Damit wurde deutlich, dass Erhard keine Mehrheit im Parlament mehr besaß.¹¹⁷

Am 27. Oktober 1966 boten die FDP-Bundesminister ihren Rücktritt an. Nachdem Erhard ihn angenommen hatte, machte sich die Union ernsthaft Gedanken über einen Nachfolger im Amt des Bundeskanzlers.¹¹⁸ Zwei Tage nach der Vertrauensfrage Erhards setzte sich am 10. November 1966 in einer CDU/CSU-Fraktionssitzung der baden-württembergische Ministerpräsident Kurt Georg Kiesinger im dritten Wahlgang mit 137 von 144 Stimmen gegen Bundesaußenminister Gerhard Schröder, Bundestagspräsident Eugen Gerstenmaier und den Fraktionsvorsitzenden Rainer Barzel als Kanzlerkandidaten der Union durch.¹¹⁹ Kiesinger wurde nicht zuletzt deshalb nominiert, weil er an den Bonner Streitigkeiten des Jahres 1966 nicht beteiligt gewesen und daher im Gegensatz zu seinen Konkurrenten nicht mit Konflikten und Intrigen belastet war. Außerdem erhoffte sich insbesondere die CSU von ihm eine deutliche Kurskorrektur in der Politik gegenüber Frankreich¹²⁰ und einen Sieg der Union bei der nächsten Bundestagswahl.

in den nächsten sechs Monaten schlechter sein wird als gegenwärtig, im Dezember 1966 waren es bereits 40%. Der Wert fiel dann bis auf 7% im Dezember 1968, vgl. Emnid-Informationen Januar 1969, S. 8. Noch weniger positiv war das Bild bzgl. der Angst um den Arbeitsplatz: Diese stieg zwischen Januar 1966 und Februar 1967 von 20 auf 62%, im Dezember 1966 lag sie sogar bei 70% (Jahrbuch der Öffentlichen Meinung 1965–1967, S. 205 u. 283). Im Juli 1970 lag diese Einschätzung bei lediglich 16% (Jahrbuch der Öffentlichen Meinung 1968–1973, S. 380). Auch wenn objektiv gesehen die Wirtschaft Ende 1966 nur eine kleine „Delle“ hatte, mussten allein wegen der Stimmung in der Bevölkerung Maßnahmen ergriffen werden.

¹¹² Görtemaker, Geschichte der Bundesrepublik, S. 433f.

¹¹³ Hentschel, Erhard, S. 641–649. Willy Brandt schrieb dazu, dass man es Ironie nennen mag, dass Erhard ausgerechnet auf dem Gebiet der Wirtschaft scheitern sollte, auf dem er, weit über die Reihen seiner Parteigänger hinaus, als der erfolgreiche Steuermann gefeiert worden war, vgl. Brandt, Begegnungen und Einsichten, S. 170f.

¹¹⁴ StenB BT, Anlagen, Bd. 107, Drs. V/1000 (Antrag 2).

¹¹⁵ Hildebrand, Umstände der Kanzlerschaft Erhards, S. 45.

¹¹⁶ Zur Begründung vgl. den Antrag Wehners im Bundestag, vgl. Wehner, Wandel und Bewährung, S. 373–378.

¹¹⁷ Kleßmann, Zwei Staaten, S. 199f.

¹¹⁸ Kiesingers Weg ins Kanzleramt wurde dargestellt bei: Kroegel, Einen Anfang finden!, S. 19–37.

¹¹⁹ CDU/CSU-Fraktion. Sitzungsprotokolle, S. 2208f.; dort auch die genauen Ergebnisse der einzelnen Wahlgänge.

¹²⁰ Taschler, Vor neuen Herausforderungen, S. 386; zur Durchsetzung Kiesingers in der CSU-Landesgruppe gegenüber Strauß vgl. Althammer, Bundestag, S. 130f. Zu Kiesinger und Frankreich vgl. Baumann, Kiesinger, S. 225–253; Rosin, Kiesinger und de Gaulle.

Außerdem war der neue Kanzlerkandidat ein politischer Routinier, mit den Aufgaben eines Regierungschefs vertraut und an die Schwierigkeiten einer Koalitionsregierung gewöhnt. In Stuttgart hatte er zeitweise ein Allparteienkabinett geführt,¹²¹ zudem war er unter anderem Vorsitzender des Vermittlungsausschusses gewesen.¹²²

Nach der Nominierung Kiesingers begannen Koalitionsverhandlungen zwischen den drei im Bundestag vertretenen Fraktionen. Obwohl grundsätzlich in alle Richtungen verhandelt wurde, liefen die Gespräche schnell auf eine Koalition von CSU/CSU und SPD hinaus.¹²³ Die SPD entschied sich 1966 zur Mitverantwortung in der Bundesregierung,¹²⁴ um zu zeigen, dass sie auf Bundesebene regierungsfähig war.¹²⁵

Die SPD mit Karl Schiller und ihren keynesianischen Globalsteuerungskonzeptionen schien am ehesten geeignet zu sein, das zur Konjunkturregulierung erforderliche Instrumentarium zu schaffen und einzusetzen. Ferner benötigte die Union die Sozialdemokratie, um die Widerstände der SPD-regierten Länder und Kommunen gegen die Kompetenzeinbußen, die mit einer Finanzreform verbunden waren, zu überwinden.¹²⁶ Weil diese Reform wie die Notstandsgesetzgebung auch Grundgesetzänderungen erforderte, wurde die SPD als Partner für die Zweidrittelmehrheiten in Bundestag und Bundesrat gebraucht. Zusammenarbeit verlangte außerdem die angestrebte Wahlrechtsreform, die eine große Koalition für die Zukunft ausschließen sollte.¹²⁷

Am 1. Dezember 1966 wurde Kiesinger mit 340 Stimmen vom Bundestag zum Bundeskanzler gewählt. Die Kanzlermehrheit von 249 Stimmen hatte er somit deutlich übertroffen. Allerdings hatten sich 109 Abgeordnete gegen den vorgeschlagenen Kandidaten ausgesprochen und 23 ihrer Stimme enthalten. Ein erheblicher Teil der Mitglieder der Mehrheitsfraktionen hatte nicht für den gemeinsamen Kandidaten gestimmt, denn die Große Koalition verfügte insgesamt über 447 Mandate und die oppositionellen Freien Demokraten besaßen lediglich 49 Sitze.¹²⁸ Die neue Regierung stieß augenscheinlich auf offene Ablehnung bei eigenen Abgeordneten. Besonders bei der SPD gab es gravierende Bedenken gegen die Koalition.¹²⁹

¹²¹ Hildebrand, Kiesinger, S. 233.

¹²² So der Politikwissenschaftler Franz Walter im Interview, in: *Die Welt* vom 12. 10. 2005, S. 3.

¹²³ Schönhoven, Wendejahre, S. 51–78.

¹²⁴ Am 30. 11. 1966 stimmten 123 Abgeordnete der SPD-Bundestagsfraktion für die von der Verhandlungskommission vorgelegte Entschließung, 53 dagegen, acht enthielten sich, vgl. Soell, Fraktion und Parteiorganisation, S. 616 Anm. 62.

¹²⁵ So Wehner in: Appel, Gefragt: Wehner, S. 72 u. 74.

¹²⁶ Zeuner, Parteiensystem der Großen Koalition, S. 177f.

¹²⁷ Zur Reform des Wahlrechts vgl. Schönhoven, Wendejahre, S. 235–267.

¹²⁸ Die weiteren Zahlen bei: Hildebrand, Von Erhard zur Großen Koalition, S. 259.

¹²⁹ Vgl. die zehnstündige Debatte in der SPD-Fraktion am 26./27. 11. 1966 (18.00 bis 4.00 Uhr), in: SPD-Fraktion. Sitzungsprotokolle, S. 1029–1070, hier besonders die Diskussion S. 1041–1068. Die Gegenstimmen bei der Wahl Kiesingers waren das Echo des latenten Misstrauens, das der neuen Regierung von Seiten der Linken entgegenschlug, vgl. Gassert, Kiesinger, S. 516.

Es war nicht vergessen, dass Kanzler Adenauer in den Wahlkämpfen ab 1957 den SPD-Kanzlerkandidaten Brandt persönlich diffamiert hatte,¹³⁰ so 1961 als „Herrn Brandt alias Frahm“.¹³¹ Der SPD-Fraktion fiel es schwer, die über anderthalb Jahrzehnte alte Gegnerschaft so schnell zu verdrängen.¹³² Viele Sozialdemokraten fühlten sich zudem um die Früchte jahrzehntelanger Arbeit in der Opposition betrogen, weil sie nun nicht den Kanzler stellten, obwohl dies rechnerisch möglich gewesen wäre.¹³³

Die SPD-Führung berief für den 17./18. Dezember 1966 eine Konferenz ein, um die Bedenken der Sozialdemokraten zu zerstreuen und – so die Einschätzung der CDU-Bundespartei – um die widerstrebenden Elemente innerhalb der Partei von der Notwendigkeit und Richtigkeit der Koalitionsentscheidung zu überzeugen.¹³⁴ Der Union fiel es ebenfalls nicht leicht, mit den Sozialdemokraten eine Verbindung einzugehen. Es gab erhebliche Vorbehalte gegen ein solches Bündnis, weil die Gegnerschaft in den vergangenen Wahlperioden „gleichsam zur zweiten Natur geworden“ war.¹³⁵

Sowohl von Zeitgenossen als auch von Historikern wurde immer wieder betont, dass die Bildung der Bundesregierung unter Kanzler Kiesinger und Außenminister Brandt einen Akt der Versöhnung und Vergangenheitsbewältigung darstellte¹³⁶ und es keine prinzipiellen politischen Gegensätze gab.¹³⁷ Die Zusammensetzung des Kabinetts dieser „Elefantenhochzeit“¹³⁸ war tatsächlich erstaunlich inhomogen. Neben Bundeskanzler Kiesinger als „Märzgefallenem“¹³⁹ von 1933 und danach stellvertretendem Abteilungsleiter der Rundfunkpolitischen Abteilung im Auswärtigen Amt saß Vizekanzler und Bundesaußenminister Willy Brandt, ein „antnazistischer Emigrant“¹⁴⁰ und ehemaliger norwegischer Soldat. Dazu hatten noch Persönlichkeiten wie Franz Josef Strauß, Karl Schiller, Gerhard Schröder, Gustav Heinemann, Carlo Schmid und nicht zuletzt Herbert Wehner Posten in diesem

¹³⁰ Friedrich, Bundestagswahlen 1969, S. 102.

¹³¹ Schwarz, Ära Adenauer, S. 221; Engelmann, Perceptions of the Great Coalition, S. 47.

¹³² Krause-Burger, Schmidt, S. 120; dazu auch: Schmidt, Bundeskanzler Kurt Georg Kiesinger, S. 322; Kurlbaum-Beyer, Bundestag, S. 198.

¹³³ Gassert, Kiesinger, S. 517.

¹³⁴ Ausarbeitung Kraskes vom 12. 1. 1967, StBKAH, Bestand II/57. Zur Konferenz vgl. Konferenz der SPD. Protokoll.

¹³⁵ Kleinmann, Geschichte der CDU, S. 300; vgl. auch Kiesingers Ausführungen in der SPD-Fraktionssitzung am 12. 12. 1967, Protokoll, Anhang, AdsD, SPD-BTF, 5. WP/80.

¹³⁶ Killat in der SPD-Fraktionssitzung am 26./27. 11. 1966, SPD-Fraktion. Sitzungsprotokolle, S. 1061; Kiesinger in seiner Weihnachtsansprache 1966, *Bulletin* Nr. 162 vom 29. 12. 1966, S. 1313; Winkler, Der lange Weg nach Westen, S. 241; eine andere Ansicht vertritt: Schönhoven, Wendejahre, S. 78.

¹³⁷ Brandt erklärte am 26./27. 11. 1966 vor der SPD-Bundestagsfraktion: „Es spräche sogar einiges dafür, daß einmal ein so unterschiedliches Gespann wie er und Kiesinger gemeinsam regiert.“ (SPD-Fraktion. Sitzungsprotokolle, S. 1036.)

¹³⁸ Baring, Machtwechsel, S. 63.

¹³⁹ Dieser Ausdruck entstand für diejenigen, die ab März 1933 in die NSDAP eintraten. Die Neumitglieder, die entweder aus Opportunismus oder Verblendung eintraten, wurden von den „alten Kämpfern“ als „Märzgefallene“ verspottet. Die Bezeichnung erinnerte dabei an die Berliner Opfer während der März-Revolution von 1848.

¹⁴⁰ So bezeichnete sich Brandt, Begegnungen und Einsichten, S. 176.

Kabinetts, so dass es auch als „Ministry of all talents“, „Titanenmannschaft“, Kabinetts der „starken Männer“ und „Überkabinetts“ bezeichnet werden konnte – aber ebenso als eines der „gewollten Harmonie“. ¹⁴¹

Während für die SPD besonders Franz Josef Strauß wegen der Spiegel-Affäre eine Zumutung darstellte, ¹⁴² stieß sich die Union an Gustav Heinemann, der 1950 als Innenminister wegen seiner Gegnerschaft zur Wiederbewaffnung das erste Kabinetts Adenauer verlassen hatte. ¹⁴³ Insgesamt gehörten der CDU der Bundeskanzler und sieben Bundesminister an, der CSU drei Kabinettsmitglieder und der SPD neun. ¹⁴⁴ Die Bundesregierung wurde von Altkanzler Adenauer mit den Worten kommentiert, die Zusammensetzung sei „ein bißchen jespentisch“. ¹⁴⁵

¹⁴¹ Hildebrand, Kiesinger, S. 133; Niethammer, Koalition ohne Konzept, S. 55; Grass, Die melancholische Koalition, S. 9; Vogelsang, Das geteilte Deutschland, S. 283.

¹⁴² SPD-Fraktionssitzung am 26./27.11.1966, in: SPD-Fraktion. Sitzungsprotokolle, S. 1060f., 1077 u. 1082f.

¹⁴³ Wolfrum, Aufruhr und Zuversicht, in: 60 Jahre Die Zeit – 60 Jahre Zeitgeschichte 1946–2006, Zweiter Teil 1966–1983, S. 8, Beilage in: *Die Zeit* vom 23. 2. 2006.

¹⁴⁴ Die Kabinettsliste befindet sich im Anhang; zur weiteren Beschreibung des Kabinetts und seiner Einschätzung der Charaktere vgl. Hildebrand, Von Erhard zur Großen Koalition, S. 266–268.

¹⁴⁵ Knopp, Kanzler, S. 198.

